

Stasi an sich zog und die jetzt im Bundesarchiv/Zwischenlager Hoppegarten liegen, geht eindeutig hervor, daß Michael ein V-Mann der Gestapo war. Er täuschte die Engländer so dauerhaft und erfolgreich, daß er von ihnen 1946 sogar die schriftliche lobende Bestätigung für seine mutige Berichterstattung erhielt! Huttners Ausführungen über die Glaubwürdigkeit Michaels und den besonderen Wert seiner Informationen (bes. 213–221) sind insofern schlicht falsch. Die „Times“ berichtete über die Kirchen und insbesondere die evangelische in hohem Maße im Sinne der nationalsozialistischen Führung! Was das im einzelnen bedeutete, verdiente eine eigene, gründliche Untersuchung.

Der Abschnitt über den Nachrichtenwert der von den britischen Blättern gebotenen Informationen (276–307) beschränkt sich fast ausschließlich auf eine quantitative Analyse. 1933 schnellten in beiden Blättern die Berichte über die Kirchen steil in die Höhe. Dem Protestantismus waren etwa doppelt so viele Artikel gewidmet wie dem Katholizismus, 1935 stand dieser im Vordergrund des Interesses, 1933/34 war es der Protestantismus, 1938/39 ging es vornehmlich um Martin Niemöller, der hier zur Symbolfigur des christlichen Widerstandes stilisiert wurde.

Wenig aussagekräftig ist der folgende Abschnitt über Herkunft und Qualität der englischen Berichte (308–320), allzu breit und reich an Wiederholungen erscheint die „Chronik des katholischen Kirchenkampfes“ (321–607). Dieses zweite große Hauptstück der Arbeit bietet eine ausladende, bis in vielfältige Einzelheiten sich erstreckende Darstellung der Ereignisse in Deutschland und ihre Kommentierung durch die britischen Blätter. Der Aussagewert dieser fleißigen Materialsammlung ist begrenzt, eine systematische Durchdringung des Stoffes fehlt. Das gilt leider auch von dem anschließenden Kapitel, das eine solche Strukturierung verspricht (608–654). Wir werden über regionale Schwerpunkte informiert, über die handelnden Persönlichkeiten, die Konfliktfelder sowie konfessionsübergreifende Überlegungen: aber alles das war bereits vorher gesagt und entfaltet.

Sehr vorsichtig bietet schließlich das letzte Kapitel, in dem es um allgemeine Wertungen und Deutungsmuster seitens der beiden behandelten Zeitungen geht (655–707), eine Interpretation an. Unverkennbar sahen und beurteilten die britischen Blätter die Auseinandersetzungen zwischen dem nationalsozialistischen

Staat und den Kirchen in Deutschland als politische Vorgänge. Auch Vergleiche mit dem Bolschewismus fehlten nicht sowie Hinweise auf den Widerstand des christlichen Gewissens gegen die totalitäre Diktatur – in der Tradition der abendländischen Zivilisation. Ob man solche Aussagen allerdings – wie der Verfasser zuletzt nahelegt (724 f.) – als wichtigen Beitrag zur Interpretation der kirchlichen Vorgänge im nationalsozialistischen Deutschland ansehen kann, steht dahin. Die Forschung argumentiert – nicht zufällig – im Blick auf diese Thematik inzwischen erheblich differenzierter.

So hinterläßt dieses Buch einen ambivalenten Eindruck. Es bietet vielfältige Informationen, insbesondere über den Bereich der Presse. Es stellt reiches Material, vor allem zu den katholischen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus und die Spiegelung dieser Vorgänge in der britischen Presse zusammen. Aber es eröffnet dadurch keine wirklich neuen Einsichten.

Gießen

Martin Greschat

Anke Silomon (unter Mitwirkung von Ulrich Bayer): *Synode und SED-Staat*. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 18. bis 22. September 1987. Mit einer Einführung in das Forschungsprojekt „Kirche und Staat in der DDR“ von Joachim Mehlhausen (= Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte Reihe B: Darstellungen 24), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1997, 17, 458 S., geb., ISBN 3-525-55724-8.

Generelle Einsichten, welche die Zunft bei der Erforschung der NS-Vergangenheit Deutschlands in einem mühseligen Lernprozeß über Grundsätze zeitgeschichtlicher Methodik gewonnen hat, scheinen bei der Beschäftigung mit der SED-Vergangenheit bei etlichen Zeitgenossen ohne Berücksichtigung geblieben zu sein. Die historische Arbeit leidet darunter, wenn sie sich in den Dienst von politischen Interessen stellt. Das haben wir sei der „Wende“ 1989/90 zumal bei dem emotional stark besetzten Thema „Staat und Evangelische Kirche“ von einigen bis dahin als Wissenschaftlern geltenden Historikern erlebt. Demgegenüber sollte der geringe zeitliche und sachliche Abstand zur jüngsten Geschichte ein Grund für große Skepsis und intensive Methodenreflexion sein. Die vorliegende Studie ist ein gutes Beispiel für ein solches Bemühen

um wissenschaftliche Objektivität, gleichsam als Pilotprojekt auf dem Hintergrund jenes Phänomens entstanden. Denn angesichts der vermeintlich durch „Quellen“ abgesicherten (faktisch durch Tendenzberichte staatlicher DDR-Organen geleiteten) wissenschaftlichen Publizistik zum Thema „Evangelische Kirche im DDR-Staat“, welche die dortigen Landeskirchen und den *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR* (BEK) als willige oder naive Komplizen der Partei- und Staatsführung präsentierten, beschloß der Rat der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) eine Maßnahme, welche der Förderung wissenschaftlicher Vernunft, nicht aber kirchlicher Selbstrechtfertigung dienen sollte.

Wesentliche Verdienste erwarb sich dabei der Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, der Tübinger Kirchenhistoriker Joachim Mehlhausen, welcher das im vorliegenden Buch dargestellte Projekt angeregt und – wissenschaftlich wie organisatorisch – geleitet hat. Seine Einführung (IX–XVII) gibt Auskunft über die Zielsetzung des Projekts, die nach intensiver Beratung in einem Gremium kompetenter Fachleute gefunden wurde: Da es sich als Illusion erwies, beim derzeitigen Forschungsstand einen seriösen Gesamtüberblick über das Thema „Kirche und Staat in der DDR“ zu geben, sind zunächst einmal Detailuntersuchungen anzustellen, welche „die lebensnahen Einzelheiten des damaligen Alltags“ (XV), insbesondere deren politische Bedingtheit durch Vorgaben der SED eruieren. Im Blick auf die evangelische Kirche kommt dabei den Synoden des Kirchenbundes (BEK) eine Schlüsselfunktion zu, weil dort die Kirche stellvertretend für die gesamte Bevölkerung gesellschaftliche Probleme diskutiert hat und deswegen von Staat und Partei sorgfältig beobachtet wurde.

Dies ist ein methodisch gut gelungener Einstieg, für den man konkret die Bundessynode von 1987 auswählte, welche die jahrelange innerkirchliche Diskussion um die Friedensfrage zu einem gewissen Abschluß brachte. Sie stand in einem Kontext der außenpolitischen Öffnung der DDR (symbolisiert in Honeckers Bonner Staatsbesuch) und der fortschreitenden innenpolitischen Destabilisierung. Sie brachte eine Verhärtung der Fronten zwischen Staat und Kirche und markierte insofern eine wichtige Zäsur. Sie vertiefte einerseits die Kluft zwischen den politisch-oppositionellen Basisgruppen und den auf Stabilität bedachten Kirchenleitun-

gen; sie machte andererseits deutlich, daß für Staat und Partei die gesamte evangelische Kirche nicht als systemkonformes Element, sondern als politischer Störfaktor (zumindest als ein potentieller) galt. Insgesamt bündelte sich in ihr die Ereignis- und Strukturgeschichte des Staat-Kirche-Verhältnisses zwischen 1978 und 1989 auf paradigmatische Weise. All diese Aspekte rechtfertigen es, die Görlitzer Bundessynode als kirchengeschichtlichen Markstein einer sorgfältigen Untersuchung zu würdigen. In der „mikrohistorischen“ Momentaufnahme (XIV) werden in der Tat, wie bei der Projektfindung und -bearbeitung angenommen, die Makrostrukturen sichtbar, und zwar in einer deutlichen Schärfe, welche jedes generalisierende Pauschalurteil in Frage stellt, weil sie den Blick auf die Komplexität der tatsächlich gelebten Wirklichkeit lenkt.

Jenen Ansatz haben zwei Nachwuchskräfte im Detail ausgeführt: die Historikerin Anke Silomon und der Theologe Ulrich Bayer, die in einer erstaunlichen und rundum anerkannter Weise die Quellen gesammelt und erschlossen haben. Bayer mußte 1995 aus dem Projekt ausscheiden, so daß die eigentliche Darstellung Anke Silomon zu verdanken ist. Die Hauptarbeit bestand in der Beschaffung des Materials; sie bekundete sich nur zum kleineren Teil im Abdruck von 34 ausgewählten Dokumenten (255–389), zum größeren Teil jedoch in der minutiösen Darstellung von Vorbereitung, Verlauf und unmittelbarer Nachgeschichte der Görlitzer Bundessynode (30–243). Denn es reichte natürlich nicht, für den Verlauf der Synode sich auf Protokoll und Tonbandmitschnitt zu beschränken und für die staatliche Optik sich – wie sonst oft praktiziert – auf die Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu konzentrieren. Vielmehr wurden sämtliche in Betracht kommenden kirchlichen und staatlichen Archive hinsichtlich Vorbereitung, Durchführung und Nachgeschichte der Synode ausgewertet, dazu eine Fülle persönlicher Handakten-Bestände sowie etliche Zeitzeugen-Interviews. (Die letzteren erweisen in diesem Fall ihre – sonst eher problematische – Bedeutung als ergänzende Quellen, weil die befragten Personen, gleichmäßig auf die unterschiedlichen „Lager“ verteilt, aus dem relativ geringen zeitlichen Abstand heraus viele Sachverhalte noch in guter Erinnerung hatten und weil deren Auskünfte fast lückenlos durch die schriftliche Überlieferung kontrolliert werden konnten.)

Die Sorgfalt, mit der Silomon und Bayer die Quellen recherchiert und aufbereitet haben, verdient Respekt, wenn man bedenkt, welche Mühe es z. B. bereitet, den Verfasser eines namentlich nicht gekennzeichneten Zeitungsartikels herauszufinden oder die biographischen Angaben zu allen handelnden Personen zusammenzustellen, die in einem instruktiven Anhang (417–458: „Biogramme“) aufgelistet sind. Beide Bearbeiter verfügen über solide Vorkenntnisse der DDR-Situation, aufgrund derer sie die Materialauswertung richtig zu strukturieren und die Aussagen der unterschiedlichen Quellentypen zutreffend zu gewichten vermögen. Anke Silomon als eigentliche Autorin der auswertenden Darstellung hat das Ziel, die Fakten zunächst ohne kommentierende Bewertung zu präsentieren, in einem beachtlichen Maße erreicht. Gewiß enthält jede Präsentation dieser Art schon durch die Auswahl und Anordnung unvermeidlich subjektive Urteilelemente. Doch die Sorgfalt und Vielseitigkeit der Informationen vermittelt der Leserschaft stets den Eindruck, die Faktendarbietung kritisch mitvollziehen und die daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen kontrollieren zu können. Hier wird solide historische Handwerksarbeit geboten. Auf dieser Basis kann die Leserschaft die behutsam abwägende Urteilsbildung in ihrer Plausibilität kontrollieren, welche – bezeichnend für die Solidität des Unternehmens – auf nur 10 Seiten dargeboten wird (bei knapp 400 Seiten Quellenpräsentation und Dokumentation).

Nach einer knappen, informativen Übersicht über „Die DDR im Jahre 1987“ und die „Instrumente der DDR-Kirchenpolitik“ (14–29) folgt eine Darstellung über die „Vorbereitung der Bundessynode in Görlitz 1987“ (30–88), welche die Aktivitäten der zahlreichen kirchlichen, staatlichen und politischen Gremien exakt rekonstruiert. Deutlich wird, wie stark allen Beteiligten die Bedeutung der Synode bewußt war, weshalb die Organe von Staat und Partei sich rechtzeitig im Vorfeld um eine Einflußnahme bemühten. War schon das vorbereitete Generalthema „Friedensfrage“ (auf dem Hintergrund der oppositionellen Friedensbewegung und des „Olof-Palme-Friedensmarsches“) brisant genug, so entstand neuer Zündstoff durch die Vorbereitung eines Antrages zur staatlichen Abgrenzungspolitik: Einige Initiativgruppen wollten – wie auch dem MfS durch Observierung bekannt war – die Synode zu einem Beschluß drängen, sich für mehr Reisefreiheit einzusetzen; sie

hatten den Erfurter Propst Heino Falcke dafür gewonnen, den Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ in der Synode einzubringen (Dokument 3/2–3; 272–277).

Die Vertreter der Kirchenleitungen und viele Synodale sahen in diesem Vorstoß eine unnötige Belastung des Verhältnisses zum Staat und eine Gefährdung des mit großem Aufwand vorbereiteten Friedenswortes „Bekennen in der Friedensfrage“ (Dokument 4; 280–282). In der Tat reagierten die Vertreter von Staat und Partei nervös auf die zu erwartende „Provokation“, die schon deswegen verhindert werden mußte, weil sie über die Berichte der westlichen Massenmedien eine allgemeine Publizität erlangen würde (genaue Dokumentation und Auswertung der Presseberichte 224–243). Vorbereitung und Durchführung der Synode waren von entsprechenden Aktivitäten bestimmt, welche paradigmatisch verdeutlichen, wie das – mit ungeheurem Aufwand betriebene – System politischer Überwachung und Beeinflussung funktionierte. Die Verf. stellt das nicht nur für die MfS-Bespitzelung dar, sondern für sämtliche Ebenen in Staat und Parteien (einschließlich der CDU), und vermittelt damit eine gute Grundlage für die Urteilsbildung. Besonders interessant ist, wie auffällig intensiv das Politbüro und Honecker noch während der Synodaltagung reagierten (176–190). Angesichts der Bedeutung der Synode ist es angemessen, daß ihre Nachgeschichte ausführlich berücksichtigt wird (145–243).

Der Konfliktfall zeigt zweierlei: Einerseits waren die Kirchenleitungen daran interessiert, die politische Situation nicht durch eine spektakuläre Aktion der sog. Basis, mit der sie ohnehin innerkirchliche Schwierigkeiten hatten, zu belasten; andererseits mußten sie sich jedem staatlichen Pressionsversuch aus Gründen institutioneller Selbstachtung widersetzen. Die der Kirche zugewachsene gesellschaftliche Mittlerfunktion stand auch in diesem Einzelfall auf dem Prüfstand; eine um Unabhängigkeit und Einflußnahme gleichermaßen bemühte Kirchenleitung mußte damit von vornherein zwischen allen Stühlen sitzen und für jede Seite in verdächtiges Zwielicht geraten. Es ist das Verdienst von Kirchenleitungen und Synodalen, daß sie dem alleseitigen Druck standgehalten haben: „Der kirchenpolitische Aktivismus der Staatsvertreter hatte sein Ziel nicht erreicht“ (248). Mit Recht betont Mehlhausen im Blick auf die generelle Fragestellung, ob die Kirche in der

DDR Anpassung oder Widerstand praktiziert habe: Die Einzeluntersuchung anhand des vorliegenden Fallbeispiels „erlaubt beide Vereinfachungen nicht“ (XV).

Während die Kirchenvertreter es für ausschlaggebend hielten, daß der von Falcke eingebrachte Antrag zur „Abgrenzung“ keine Mehrheit fand, war es für die Staats- und Parteivertreter entscheidend, daß diese Thematik über die West-Medien in die Öffentlichkeit gebracht werden konnte. Hinzu kamen einige durchaus staatskritische Tendenzen im Friedenswort der Synode. Die Folge war ein signifikanter Kurswechsel in der DDR-Kirchenpolitik (u. a. Absage der geplanten Staat-Kirche-Gespräche, Zensur von Kirchenzeitungen, Gewaltmaßnahmen gegen Basisgruppen), der mit der fortschreitenden inneren Destabilisierung zusammenfiel bzw. diese verstärkte.

Die Komplexität der historischen Wirklichkeit wird durch die vorliegende Untersuchung adäquat analysiert. Der Ablauf der Ereignisse wird akribisch geschildert, so daß ein zutreffendes Bild sowohl von der Gespanntheit der Atmosphäre im Herbst 1987 als auch von der Hypertrophie staatlicher Kontrollbürokratie entsteht. Die handelnden Personen auf beiden Seiten werden in ihrem kirchenpolitischen Profil gut erkennbar durch die Darstellung ihrer Äußerungen und Handlungen. Gelegentliche Wiederholungen ergeben sich aus der getrennten Analyse der verschiedenen Gremien und Handlungsebenen. Leider erfährt man den Verlauf der Synode nur anhand der Plenaransprachen; die wichtigeren Ausschußberatungen werden weder dokumentiert noch dargestellt, weil „in den Archiven bisher keine Aufzeichnungen über Ausschußsitzungen gefunden“ wurden (13). Gerade dieses Manko, das nicht durch subjektive Rekonstruktions- bzw. Annäherungsversuche behoben wird, bestätigt, daß wir es insgesamt mit einer wissenschaftlich zuverlässigen Auswertung aller verfügbaren Quellen zu tun haben. Der Hauptautorin Anke Silomon gebührt Anerkennung für ihre seriöse Arbeit. Daß die EKD sich nicht mehr instande sieht, weitere Projekte auf dem Niveau des vorliegenden Paradigmas zu fördern, ist ein Armutszeugnis nicht nur hinsichtlich der tatsächlichen Not fehlender Finanzmittel. Denn die Erforschung der DDR-Kirchengeschichte ist methodisch durch Silomons Arbeit und Mehlhausens Konzeption auf eine neue Grundlage gestellt worden.

Münster

Wolf-Dieter Hauschild

*Frédéric Hartweg (Hrg.): SED und Kirche.*

Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Band 1: SED 1946-1967. Bearbeitet von *Joachim Heise*; Band 2: SED 1968-1989. Bearbeitet von *Horst Dohle*, Neukirchen-Vluyn (= Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert [Quellen] 2/1-2) 1995, 48, 592 und 28, 708 S., kt., ISBN 3-7887-1429-8, 3-7887-1430-1.

Das auf drei Bände konzipierte Werk über die Kirchenpolitik der SED gegenüber der evangelischen Kirche in der DDR dokumentiert anhand zentraler parteiamtlicher Akten die Zeit von 1946 bis 1989. Die ersten beiden Bände legen bislang unzugängliche Akten vor (Beschlüsse des Politbüros der SED, Beschlußvorlagen und Lageeinschätzungen der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK der SED, auch Niederschriften über Verhandlungen und Gespräche mit kirchlichen Vertretern bei den mit Kirchenfragen befaßten staatlichen Gremien u.a.). Sie vermitteln einen zuverlässigen Einblick in die Kirchenpolitik des SED-Systems und haben insofern unter herrschaftsgeschichtlichem Aspekt erhebliche Quellenrelevanz gerade auch für die künftige DDR-Kirchengeschichtsschreibung. Unabhängig von ihrer unbestreitbaren Forschungsrelevanz vermitteln sie dem zeitgeschichtlich Interessierten wichtige Einblicke in ein Kapitel DDR-deutscher Nachkriegsgeschichte.

In chronologischer Abfolge werden insgesamt 97 bzw. 120 in der Regel mehrseitige Texte vorgelegt. Band 1 setzt Juli 1946 ein, veranschaulicht die kirchenpolitischen Ambitionen der SED in der sowjetischen Zone und führt bis 1967. Band 2 beginnt mit der Diskussion um die neue DDR-Verfassung 1968 und der Gründung des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR 1969 und führt bis zur „Wende“ Herbst 1989: das letzte Dokument bildet eine umfangreiche interessante Gesprächsniederschrift des nach Honeckers Rücktritt neugewählten Generalsekretärs der SED Egon Krenz über die Begegnung mit dem thüringischen Landesbischof Leich als Vorsitzender des Kirchenbundes am 19. Oktober 1989: Einforderung von Reformen und demokratischer Freiheiten durch die Amtskirche werden hier deutlich.

Die einzelnen (drei bzw. vier) Großkapiteln vorangestellten sachkundigen Einführungen der Bearbeiter gewähren einen Durchblick durch die jeweiligen Etappen des Kirche-Staat-Verhältnisses in